



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Briefe aus Berlin.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

durchschnittlich gut gehalten worden, sie schmerzte es nur, daß sie arbeiten mußten; der Verlust der Freiheit war ihr geringster Schmerz. Im Großen Ganzen hat die Emancipation überall eine Verwilderung der Schwarzen, einen Rückschlag ins afrikanische Wesen zur Folge gehabt: in Surinam, auf Haiti, auf Guadeloupe, in unseren Südstaaten. Cuba wird es nicht besser ergehen und es muß sich auch auf die Folgen gefaßt machen. Da aber die Welt Colonialproducte haben muß und der Schwarze nicht arbeiten will, so ist die Heranziehung anderer Arbeiter, asiatischer, nöthig geworden. Daher der colossale Ausdehnung annehmende Kulihandel, der doch nur eine mildere Form des Sclavenhandels vorstellt. Aber ich breche ab — das ist ein Capitel, welches besonders besprochen werden muß.

Briefe aus Berlin.

Berlin, 6. October 1872.

Am 15. September unterwarf ich die Lage Oesterreichs einer Beleuchtung unter dem Eindruck der Dreikaiserzusammenkunft. Die in dieser Betrachtung aufgestellten Gesichtspunkte haben eine authentische Bestätigung erfahren durch die Erklärungen, welche Graf Andrassy am 24. September vor dem Budgetausschuß der reichsräthlichen Delegation abgegeben. Graf Andrassy constatirte vor Allem, daß Oesterreich auf das, was es in den letzten Jahren verloren, aufrichtig und definitiv verzichte. Die österreichisch-ungarische Monarchie habe nur verloren, was sie nicht zu erhalten vermochte, was aber auch zu ihrem Gedeihen nicht nothwendig war. Graf Andrassy deutete als directen Verlust nur denjenigen der Lombardei und Venetiens an. Ein indirecter Verlust betrifft die vormalige Theilnahme am deutschen Bund und die Präsidialstellung in demselben. Daß Oesterreich auf diesen Besitz nicht minder aufrichtig verzichtet, sprach Graf Andrassy mit der denkbar größten Deutlichkeit in den Worten aus: „die Absicht des Kaisers von Oesterreich bei dem Besuch in Berlin sei lediglich dahin gegangen, den aufrichtigen guten Beziehungen zu dem neu constituirten Deutschland einen klaren Ausdruck zu geben.“

Graf Andrassy führte weiter aus, daß „wenn Oesterreich-Ungarn seine jüngsten Verluste verschmerzt habe, es von nun an nichts mehr verlieren könne und dürfe. Es will den Frieden mit Allen, in erster Linie mit den Nachbarstaaten, aber es will auch, um sich zu behaupten, die Ueberzeugung hervorrufen, daß es als Freund verläßlich und als Feind gefährlich sein

kann.“ Der Minister constatirte, daß gewisse panslavistische Tendenzen, die sich fortwährend zur Aufgabe machten, Rußland zu Oesterreich in Gegensatz zu bringen, in den maßgebenden Kreisen des großen Nachbarreiches keine Unterstützung finden.

Ganz besonders hervortretend ist die Uebereinstimmung mit der hier gegebenen Ausführung bei den Aeußerungen über die Türkei. Der Minister sagte, die von Oesterreich-Ungarn befolgte Politik sei der Türkei gegenüber eine traditionelle, welche den Vortheil der Zuverlässigkeit für sich habe; dies schließe aber nicht aus, daß Oesterreich mit den übrigen Ländern des Orients, welche theils integrirende Theile des türkischen Reiches, theils selbstständige Staaten sind, die besten Beziehungen zu unterhalten bestrebt sei und das regste Wohlwollen für ihre Bethheiligung und ihre Entwicklung bethätige. Noch bestimmter drückte sich der Minister dann weiterhin aus, der Gedanke einer Ausdehnung der Reichsgrenzen nach irgend einer Richtung hin sei ausgeschlossen. Denn welcher Reichshälfte sollten die Erwerbungen denn zufallen? Jede solche Ausdehnung würde nur eine Last für Oesterreich-Ungarn sein.

Wir dürfen in Uebereinstimmung mit unserer früheren Ausführung dem Ausspruch des Ministers hinzufügen, daß jede Eroberungspolitik der österreichisch-ungarischen Monarchie die Beschränkung des jetzt bestehenden Dualismus theils zur Voraussetzung, theils zur Folge haben müßte.

Ganz in Uebereinstimmung mit dem hier Gesagten bezeichnet der Minister die Aufgabe der österreichisch-ungarischen Regierung im Orient dahin, die volkwirtschaftlichen Interessen zu fördern, die Communicationsmittel zu heben und dadurch dem Handel zwischen Oesterreich-Ungarn und dem Orient freie Bahn zu brechen.

Wir haben nur hinzuzufügen, was wir früher ausgeführt, daß nämlich auch schon die Wahrnehmung der volkwirtschaftlichen Interessen Oesterreich-Ungarns im Orient der ungarischen Reichshälfte allein nicht gelingen würde; daß also die orientalische Frage d. h. die Sicherung der Interessen Oesterreichs auf der Balcanhalbinsel denjenigen Parteien einen Zügel anlegt, welche den Dualismus bis zur Separation durchführen möchten. Die Forderungen der orientalischen Politik, welche die Lebensinteressen Ungarns berühren, sind eine der wirksamsten Bürgschaften für die Einheit der Monarchie. Sie rufen dem Dualismus das „bis hierher und nicht weiter“ zu und gebieten den radicalen Gegnern der Deakpartei vom Standpunkte des wahren ungarischen Patriotismus ein unabweissbares „Zurück“.